

"Die Partei ist verunsichert"

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, 64, über den Zustand der Union und seine Bewertung der Kanzlerschaft Angela Merkels nach einem Jahr

SPIEGEL: Herr Schäuble, zur Union bekennen sich nach jüngsten Umfragen nur noch rund 20 Prozent der Wahlberechtigten, die Unentschlossenen und Nichtwähler mitgerechnet. Kann man die CDU weiterhin als Volkspartei bezeichnen?

Schäuble: Wenn ein wachsender Teil der Bevölkerung glaubt, sich nicht für Politik interessieren zu müssen, sagt das noch nichts über den Charakter einer Partei aus. Natürlich ist eine hohe Wahlbeteiligung wünschenswert, natürlich sind 40 Prozent Stimmenanteil schöner als 35 Prozent, aber das ändert nichts an unserem Anspruch, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit abzubilden.

SPIEGEL: Nur zur Erinnerung: Für Helmut Kohl haben bei der Bundestagswahl 1983 rund 43 Prozent aller Wahlberechtigten gestimmt, für Angela Merkel 2005 nur 27 Prozent.

Schäuble: Wir haben im letzten Jahr bei Landtagswahlen Ergebnisse erzielt, die, auf Bundesebene hochgerechnet, Kohlsche Wahlerfolge ohne weiteres möglich erscheinen lassen.

SPIEGEL: In den zwölf Monaten, die Sie mit Angela Merkel wieder an der Regierung sind, haben 12 000 CDU-Mitglieder die Partei verlassen. Fraktionskollegen von Ihnen berichten, dass sie immer mehr Briefe von Parteifreunden bekommen, die austreten wollen. Erhalten Sie auch solche Schreiben?

Schäuble: Ich bekomme solche Anrufe, und ich bekomme auch Briefe, in denen Menschen begründen, warum sie nicht länger in der CDU sein wollen. Ich schreibe an diese Leute oder rufe sie an und versuche, unsere Politik zu erklären. Manche kann ich überzeugen, andere nicht.

SPIEGEL: Was sagen Ihnen diese Austritte über den Zustand der CDU?

Schäuble: Die Partei ist unbestreitbar verunsichert. Ich war vor zwei Wochen auf dem Parteitag meines heimischen Bezirksverbandes, da merkte man schon, dass viele Zweifel haben. Die Umfragen, die Situation in den Medien, die Austritte, die Sie ansprechen: Es wäre ein Zeichen von Arroganz und Selbstgerechtigkeit, wenn eine Volkspartei davon unberührt bliebe.

SPIEGEL: Die Frage ist, wie die Parteiführung damit umgeht.

Schäuble: Die Frage ist zunächst, woher diese Verunsicherung kommt. Der Wähler hat am 18. September 2005 zwei Parteien zusammengebracht, die höchst unterschiedliche Vorstellungen haben. Die SPD glaubt, um es ganz freundlich zu sagen, bei großen Aufgaben wie der Gesundheitsreform an das segensreiche Wirken des Staates, während die Union im Grundsatz eher auf eine Stärkung des Wettbewerbs vertraut. Und allen ist klar, dass auf uns noch schwere Aufgaben zukommen, denken Sie an die Afghanistan-Debatte oder den Klimawandel. Auch in der CDU fragen viele: Schaffen die das?

SPIEGEL: Fragen sich Ihre Leute nicht eher: Was wollen die eigentlich? Die Kanzlerin hält an den liberalen Reformbeschlüssen von Leipzig fest. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers will die CDU lieber nach links gerückt sehen. Wenn jetzt auch noch CSU-Generalsekretär Markus Söder der SPD "neoliberale Tendenzen" vorwirft, kommt man selbst als Beobachter ins Schleudern.

Schäuble: Sie sind einfach in ihrer Grundausrichtung zu wenig gefestigt. Ich weiß nicht genau, was der Generalsekretär der CSU da sagen wollte. Bei Jürgen Rüttgers kenne ich mich deutlich besser aus. Ich bin entschieden der Meinung, dass eine solche Position zu der Diskussion gehört, die man in einer funktionierenden Volkspartei führen muss.

SPIEGEL: Sie wird ja nicht offen geführt. Stattdessen steht auf dem Parteitag in Dresden ein Antrag zum Arbeitslosengeld zur Debatte, von dem die Kanzlerin erklärt hat, dass er nicht Gesetz werden wird.

Schäuble: Die Kanzlerin hält den Antrag für richtig und verweist auf die geltende Beschlusslage ihrer Partei. Um das rechte Maß an sozialer Fürsorge und Wettbewerb muss ständig gerungen werden. Das geht nicht in Hinterzimmern, sondern nur in offener Debatte.

SPIEGEL: Die CDU-Spitze hält eisern daran fest, dass die Parteitagsbeschlüsse von Leipzig noch immer gelten. Dabei weiß jeder, dass es eine Steuererklärung auf dem Bierdeckel oder die Kopfpauschale bei der Gesundheit auch bei einer anderen Regierungskonstellation nicht geben wird.

Schäuble: Leipzig war eine Modernisierungsleistung. Die dort verabredeten Grundprinzipien gelten nach wie vor. Wir wollen ein einfaches und gerechtes Steuerrecht, und wir müssen dafür sorgen, dass mit steigenden Sozialkosten nicht gleich auch die Arbeit teurer wird. Aber natürlich müssen Parteitagsbeschlüsse immer der Wirklichkeit angepasst werden. Freiheitliche Demokratien, auch Parteien, bewegen sich nach dem Prinzip Versuch und Irrtum, Offenheit und Erkenntnis. Die CDU ist, anders als die SPD, keine Programmpartei.

SPIEGEL: Der Kern des Problems scheint doch zu sein, dass nach dem schlechten Abschneiden bei der Bundestagswahl eine ehrliche Diskussion über die Gründe verhindert wurde. Daher suchen sich die Leute jetzt ein anderes Ventil. Rüttgers hat das erkannt.

Schäuble: Warum wir bei der Bundestagswahl schlechter abgeschnitten haben als erwartet, ist mir immer noch nicht wirklich klar. Es bringt aber wenig, sich darüber jetzt den Kopf zu zerbrechen.

SPIEGEL: Wir haben noch gut im Ohr, was Frau Merkel vor einem Jahr gesagt hat: Die Debatte wird später nachgeholt. Sie hat nie stattgefunden.

Schäuble: Als wir 1998 die Bundestagswahl verloren haben, habe ich als Parteivorsitzender auch gesagt, wir führen die Debatte später. Die meisten haben schon verstanden, dass ich damit sagen wollte: Wir führen sie, wenn sie uns nicht mehr schadet.

SPIEGEL: Mit anderen Worten, jetzt könnte man über 1998 diskutieren.

Schäuble: Wenn Sie möchten.

SPIEGEL: Die Verunsicherung der Christdemokraten rührt nach Meinung vieler Ihrer Parteifreunde auch daher, dass ihnen nicht ganz klar ist, was die Kanzlerin will.

Schäuble: Die Aufgabe der Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin ist es, zusammenzuhalten und zusammenzuführen. Sie muss nicht nur auf die CDU, sondern auch auf die Koalition achten.

SPIEGEL: Vielleicht achtet Frau Merkel einfach auf zu viele Leute. SPD-Vizekanzler Franz Müntefering hat intern darauf hingewiesen, dass sie die Meinungen ihrer Ministerpräsidenten einholt, bevor sich die Regierung eine Meinung gebildet hat. Nach Müntefering wäre es der

richtige Weg, sich im Bundesrat und gegebenenfalls im Vermittlungsausschuss mit den Ländern auseinanderzusetzen. Hat er nicht recht?

Schäuble: Das muss er wohl so sehen. Aber die Gewaltenteilung ist nicht so strikt, wie Sie es darstellen. Die Entscheidungen der Regierung werden auch im CDU-Präsidium besprochen, dessen Mitglieder die Ministerpräsidenten sind. Es hätte der CDU sicher nicht geschadet, wenn die eine oder andere Äußerung in den vergangenen Monaten unterblieben wäre. Aber Sie können den Ministerpräsidenten schwerlich vorwerfen, dass sie die Interessen ihrer Länder vertreten. Wenn man in so vielen Ländern regiert wie die Union, ist es manchmal etwas komplizierter. Die SPD wäre froh, sie hätte dieses Problem.

SPIEGEL: Vielleicht würde es helfen, wenn Frau Merkel etwas mehr Führung zeigte.

Schäuble: Sie unterliegen offenbar dem Trugschluss, Führung mit "basta" gleichzusetzen. Frau Merkel sieht ihre Führungsleistung darin, Entscheidungen zustande zu bringen. Im Übrigen waren die Meinungsumfragen und die Wahlergebnisse von Herrn Schröder so aufregend dann auch wieder nicht.

SPIEGEL: Ist es ein eher weiblicher Führungsstil, den Sie da ausmachen?

Schäuble: Es gibt gute und schlechte Politik, nicht männliche und weibliche. Im Übrigen pflegte auch Helmut Kohl einen ergebnisorientierten Führungsstil. Von ihm stammt bekanntlich der Satz: Entscheidend ist, was hinten rauskommt. Sicher gibt es zwischen den beiden auch erhebliche Unterschiede. Kohl hat sich weniger auf Details eingelassen, während Angela Merkel in einer Weise informiert ist, die Bewunderung erregt und einen zwischendurch manchmal zu dem Ratschlag bewegt, sich nicht zu sehr auf Details einzulassen.

SPIEGEL: Der Bundespräsident ist zunehmend ungehalten über die großkoalitionäre Abkehr vom Reformkurs. Hat sich Horst Köhler mit seiner Kritik an den Vorschlägen von Jürgen Rüttgers zu sehr ins Tagesgeschäft eingemischt?

Schäuble: Ich habe immer Respekt vor den Äußerungen des Herrn Bundespräsidenten.

INTERVIEW: JAN FLEISCHHAUER, RALF NEUKIRCH, HOLGER STARK